

nachgefragt: gute arbeit...



„Stunden erlassen, nicht Menschen entlassen“

Gespräch mit Klaus Pickshaus, IG Metall

18

Mit der Initiative „Gute Arbeit“ hat die IG Metall zuletzt versucht, die Frage der Arbeitsbedingungen nach jahrelanger Vernachlässigung wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Welche Bilanz ziehen Sie?

Alles in allem eine positive. Wir haben es geschafft, die menschengerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen wieder zu einem ernsthaften betriebs- und tarifpolitischen Handlungsfeld der IG Metall zu machen. Themen wie die Entgrenzung von Arbeitszeit und Leistung, die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und die alternsgerechte Arbeitsgestaltung sind stärker in den Mittelpunkt gerückt.

Rekordtief bei Krankheit am Arbeitsplatz

Im Zeitraum Januar bis März 2009 fehlten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland krankheitsbedingt durchschnittlich 3,3 Prozent der Sollarbeitszeit. Diese Fehlzeiten entsprechen 1,8 Arbeitstagen. Das war in diesem Zeitraum (und trotz einer Grippe-Welle!) der niedrigste Wert seit 1990/91. Beispielsweise lag 1999 der Krankenstand um 25 Prozent höher. Der Grund für die extrem niedrigen Krankmeldungen ist nicht eine bessere Gesundheit, sondern die steigende Angst vor dem Verlust der Arbeitsplätze.

Das ist im Vergleich zu den vergangenen Jahren eine deutliche Veränderung.

Derzeit ist die Finanz- und Wirtschaftskrise das alles dominierende Thema. Massenentlassungen und Betriebsschließungen drohen. Wird die Frage der Arbeitsbedingungen vor diesem Hintergrund wieder zu einem Randthema?

In Betrieben, in denen Kurzarbeit gefahren wird, Kündigungen in größerem Umfang anstehen oder gar die Existenz des Standorts auf dem Spiel steht, rückt das Thema zwangsläufig eher in den Hintergrund. Dennoch machen wir die Erfahrung, dass in den Belegschaften neben der Arbeitsplatzsicherheit auch Einkommenskürzungen und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eine wichtige Rolle spielen. Ein Grund hierfür ist sicherlich, dass die Grenze der Belastbarkeit in vielen Branchen und Betrieben erreicht ist. Viele Kollegen haben die Sorge, dass ihre Beschäftigungsfähigkeit und damit ihre Existenzgrundlage durch hohe gesundheitliche Belastungen verloren gehen könnte. Die große Sensibilität hierfür ist ein neues Phänomen.

Wie wirkt sich die Krise auf die Arbeitsbedingungen aus?

Es ist absehbar, dass die Kapitaleseite ver-

suchen wird, den Ökonomisierungsdruck und Ausbeutungsgrad noch zu erhöhen, also die Zumutungen für die Beschäftigten weiter anwachsen zu lassen. Insofern ist der Bedarf nach einer Strategie „Guter Arbeit“ als Widerstandsstrategie weiterhin groß.

Gibt es bereits konkrete Anzeichen dafür, dass die Unternehmer versuchen, die Krise für eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu nutzen?

Ja, die gibt es. In einigen Betrieben ist die Situation völlig schizophoren: Da wird in der Produktion Kurzarbeit gefahren und in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen werden der Arbeitsdruck und die Entgrenzung der Arbeitszeiten noch verschärft. Besonders betroffen von der Krise sind Leiharbeiter und andere prekär Beschäftigte, die zu Tausenden entlassen werden. Dennoch gibt es bereits Aussagen der Unternehmer, dass sie bei einem Anziehen der Konjunktur noch stärker auf diese Beschäftigungsformen setzen wollen, um diese Kollegen als flexible „Puffer“ auszunutzen – so wie es jetzt schon geschieht.

Selbst im vergangenen Aufschwung hat es ein „arbeitspolitisches Rollback“ gegeben. Neue Produktionsmethoden, die teilweise ganzheitlicheres



und selbstbestimmteres Arbeiten bedeuteten, sind wieder zurückgenommen worden. Befürchten Sie eine Beschleunigung dieses Trends im Zuge der Krise?

Diese Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen. Ich zitiere in diesem Zusammenhang öfter den Vorstandschef eines Maschinenbauunternehmens, der gesagt hat: „Das Band kann schneller laufen, die Leute können länger arbeiten oder die Löhne sinken – mehr Möglichkeiten sehe ich nicht.“ Aus solcherart Phantasielosigkeit bestand die Strategie des cost-cutting schon vor der Krise. Es ist zu befürchten, dass die Kapitalseite diesen Kurs als vermeintlichen Ausweg aus der Krise verschärft. Was dabei übersehen wird: Dieses Vorgehen ist mit einer Fehlsteuerung in den Unternehmen – einer Ausrichtung am kurzfristigen Profit der Aktionäre, dem Shareholder-Value – verbunden. Und dies hat selbst zur Krise beigetragen, indem es das in der wertschöpfenden Produktion geschaffene Kapital in die Finanzmärkte gelenkt und so deren Aufblähen befördert hat.

Auch in der Vergangenheit gab es gute Argumente für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Es hat sich aber gezeigt, dass die Unternehmer allein

damit schwer zu beeindrucken sind. Wie können Betriebsräte und IG Metall in dieser Frage durchsetzungsfähiger werden – insbesondere vor dem Hintergrund der Krise, die Themen wie Arbeitsplatzsicherheit in den Hintergrund rückt?

Es bedarf auch eines politischen Umsteuerens hin zur Eindämmung der Finanzsphäre und einer Demokratisierung der Wirtschaft. Die argumentative Ebene ist wichtig, sie muss aber mit der Stärkung der Widerstandskräfte in den Betrieben einhergehen. Ohne betriebliche und überbetriebliche Mobilisierung wird eine solche Veränderung nicht zu haben sein.

Untersuchungen zufolge verbinden die Beschäftigten das Thema Arbeitsbedingungen vor allem mit den Betriebsräten, weniger mit der Gewerkschaft. Ist das ein Problem?

Die Betriebsräte haben besondere Möglichkeiten, die Arbeitsbedingungen zu beeinflussen. Allerdings stoßen sie schnell an ihre Grenzen, wenn sie diese Frage nicht gemeinsam mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten zum Gegenstand der Debatten am Arbeitsplatz machen. Stellvertretende Lösungen zum Beispiel durch gute Betriebsvereinbarungen sind völlig unzureichend, wenn sie nicht mit einer Aktivierung der Beschäftigten verbunden sind. Ich glaube, dass diese Erkenntnis in den vergangenen Jahren bei vielen betrieblichen Interessenvertretern angekommen ist. Es gibt viele Debatten darüber, wie sich die gewerkschaftliche Betriebspolitik – und das ist mehr als Betriebsratsarbeit – verstärkt solcher Themen annehmen kann. Wir werden alles dafür tun, dass das in Zeiten der Krise nicht wieder hinten runterfällt.

Zentrales Element der Debatte ist stets die Frage der Arbeitszeiten. Die Beschäftigten machen derzeit massenhaft die Erfahrung, dass Arbeitszeitverkürzung in Form von Kurzarbeit Entlassungen zumindest vorübergehend verhindert. Ist das nicht eine Chance, die Forderung nach einer generellen Ver-

kürzung der Arbeitszeit wieder auf die gewerkschaftliche Agenda zu rücken?

Tatsächlich machen die Kollegen derzeit die Erfahrung, dass es besser ist „Stunden zu erlassen statt Menschen zu entlassen“, wie es eine IG-Metall-Verwaltungsstelle in Baden-Württemberg auf den Punkt gebracht hat. Der beschäftigungssichernde Aspekt von Arbeitszeitverkürzung wird also deutlich. Wir haben allerdings das Problem, dass die Schere zwischen tariflichen und realen Arbeitszeiten immer weiter auseinandergeht. Die erste Aufgabe ist also, die realen Arbeitszeiten zu-

„Soziale Unruhen“ oder: Die Wut wird kommen

Als Gesine Schwan, SPD-Präsidentin im April die Möglichkeit ansprach, angesichts einer drohenden neuen Massenerwerbslosigkeit von fünf und mehr Millionen Erwerbslosen könne es zu sozialen Unruhen kommen, wurde sie – auch von führenden SPD-Politikern – scharf attackiert.

In einer Wirtschaftszeitung liest sich das eher deutlicher: „Die Wut wird kommen. Wenn die Arbeitslosigkeit wieder steigt, zunächst auf vier, dann auf fünf Millionen (...), wenn Kurzarbeit in Arbeitslosigkeit mündet. Dann kommt die Wut ... Sie wird kommen, wenn man plötzlich merkt, dass die Realwirtschaft und die Finanzwirtschaft viel enger zusammenhängen, als einem lieb ist. Die Wut wird sich natürlich gegen die Banken richten, die man im Verdacht hat, die Krise verursacht zu haben. Aber auch gegen die Politiker, die nicht ausreichend reagiert haben (...) Mit jedem Jahr Krise – ich erwarte fünf Jahre Quasistagnation von 2010 an – wird die Lage am Arbeitsmarkt kritischer ... Auch wenn die Politiker es nicht gern zugeben: Natürlich wird der Steuerzahler bezahlen.“

Man sollte daher die merkwürdige Ruhe im Land nicht falsch interpretieren. Es ist nicht die Ruhe einer mit sich zufriedenen Gesellschaft. Es ist die Ruhe vor dem Sturm.“

Wolfgang Münchau, Kolumnist in der Londoner *Financial Times* und in der *Financial Times Deutschland*; hier nach: *FTD* vom 29. April 2009.

Soziales & Gegenwehr

rückzuführen, um gerade in der Krise Beschäftigung durch Arbeitsumverteilung zu sichern.

Wir versuchen das beispielsweise mit dem kürzlich vereinbarten Tarifabschluss in der Stahlindustrie. Dieser sieht zwar keine Erhöhung der Realeinkommen vor, wohl aber die Möglichkeit zur Arbeitszeitverkürzung mit Teillohnausgleich vor. Wünschen würden wir uns natürlich einen vollen Lohnausgleich, aber es ist zumindest eine Möglichkeit, die Arbeitszeiten herunterzufahren, ohne dass das vollständig zu Lasten der Beschäftigten geht. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit – zum Beispiel hat die Arbeitszeitreduzierung bei VW nachweislich 30000 Stellen gesichert – zeigen jedenfalls, dass dies das richtige beschäftigungspolitische Mittel ist.

Auch aus gesundheitlichen Gründen ist eine Reduzierung der Arbeitszeiten, insbesondere für stark belastende Tätigkeiten wie Schichtarbeit, geboten. Hier gehört zudem die Ausweitung der Erholpausen wieder auf die Tagesordnung. Auch das hat einen positiven Beschäftigungseffekt. Arbeitswissenschaftlich ist ohnehin erwiesen, dass dies für den Erhalt der Leistungsfähigkeit gerade älterer Beschäftigter eine ausgesprochen hohe Bedeutung hat. Die Unternehmer haben das aus Kostengründen allerdings zum Tabuthema erklärt. Auch eine Ausweitung der Pausen und die Reduzierung des Arbeitsdrucks wird also nur mit Mobilisierung der Belegschaften durchsetzbar sein.

Muss die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung nicht über die Ebene des einzelnen Betriebs hinausgehen? In Branchen wie der Autoindustrie bestehen Überkapazitäten von 25 Prozent und mehr. Wie anders können diese abgebaut werden als mit kollektiver Arbeitszeitverkürzung?

Das Problem ist, dass die Voraussetzungen für eine Bewegung zur kollektiven, tariflichen Arbeitszeitverkürzung zur Zeit denkbar schlecht sind – das berichten die betrieblichen Interessenvertreter unisono.

Allerdings bieten die aktuellen Erfahrungen – Kurzarbeit in der Produktion und weiterhin entgrenzte Arbeitszeiten in Forschung, Entwicklung und Verwaltung – Ansatzpunkte, die Arbeitszeitdebatte erneut zu beginnen. In Baden-Württemberg und im Bezirk Küste hat die IG Metall Initiativen zur Reduzierung der realen Arbeitszeiten ergriffen. Das ist noch weit von kollektiver Arbeitszeitverkürzung entfernt, aber es sind neue Elemente, um dies wieder zu einem zentralen Thema der gewerkschaftspolitischen Debatte zu machen.

Die Überwindung der Überkapazitäten in der Automobilindustrie wird allerdings noch weitere Instrumente erfordern. Die Autokonzerne müssen zu Mobilitätsunternehmen umgebaut werden, die nicht nur auf Individualverkehr setzen, sondern auch ökologische Verkehrskonzepte verfolgen. Dem soll auch der von der IG Metall vorgeschlagene Branchenfonds zur Sicherung industrieller Wertschöpfung dienen. Dieser aus Zwangsanleihen auf große Geldvermögen gespeiste und demokratisch kontrollierte Fonds könnte die nötigen Umbauprozesse begleiten. Wir brauchen also auch wirtschafts-, industrie- und strukturpolitische Lösungen, um den ökologischen Umbau weg vom Individualverkehr zu schaffen. Diese Debatte haben wir in der IG Metall übrigens schon vor zwei Jahrzehnten sehr intensiv geführt. Auf einer großen IG-Metall-Konferenz mit dem Titel „Auto – Umwelt – Verkehr“ wurden viele Ideen zur Konversion, zur ökologischen Neuausrichtung der Autoindustrie, entwickelt. Auch das gehört zu den vergessenen Konzepten, an denen wir unbedingt wieder anknüpfen müssen.

Klaus Pickshaus ist Leiter des Bereichs Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung beim Vorstand der IG Metall. Ein aktueller Beitrag von Pickshaus mit dem Titel „Gute Arbeit in Zeiten der Krise“ kann im Internet heruntergeladen werden: www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/view_16925.htm

Das Gespräch für LP21 führte **Daniel Behruzi**

- Anzeige -



Markus Mohr /
Hartmut Rübner
Gegnerbestimmung
Sozialwissenschaft im
Dienst der inneren
Sicherheit

erscheint ca. August 09

ca. 80 Seiten, ca. 8 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-499-1



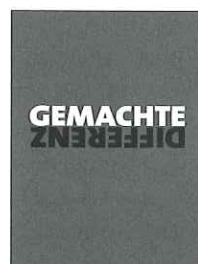
Leipziger Kamera (Hg.)
Kontrollverluste
Interventionen gegen
Überwachung

256 Seiten, 18 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-491-5



Sheila Mysorekar
**Dienstags gibt es
Tantra-Sex**
Politische Satiren
über Rassismus, Sex
und den Neandertaler

128 Seiten, 9,90 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-488-5



AG gegen Rassismus in den
Lebenswissenschaften (Hg.)

**Gemachte
Differenz**

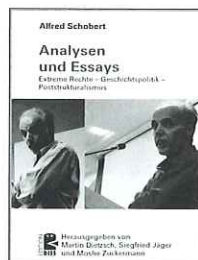
Kontinuitäten
biologischer »Rasse«-
Konzepte

368 Seiten, 19,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-475-5



Markus End, Kathrin
Herold, Yvonne Robel
**Antiziganistische
Zustände**
Zur Kritik eines
allgegenwärtigen
Ressentiments

284 Seiten, 18 EUR [D] |
ISBN 978-3-89771-489-2



Alfred Schobert
**Analysen und
Essays**

Extreme Rechte –
Geschichtspolitik –
Poststrukturalismus.
Edition DISS

440 Seiten, 29,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-750-3

UNRAST Verlag

Postfach 8020 • 48043 Münster

Tel.: (0251) 666-293 Fax: -120

Besuchen Sie uns: www.unrast-verlag.de

